

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

6.12.1923 (No. 336)

Besatzpreis: 75 Goldmark. frei in unserer Druckerei oder in unseren Filialen. Abgabe 70 Goldmark. Die Post bez. monatlich 2.20 auschl. Postgeb. Einzelverkaufspreis 15 Pfg.

Im Falle höherer Gewalt ist der Redakteur keine Haftung für verspäteten oder unterblebenen oder nicht erschienenen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den nächsten Monatsheft ankommen.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenberechnung nach Grund- und Schlußzeilen: Grundzeile für die halbe Seite 200, auswärts 240, Namensanzeigen und Preisnachlässe 100, Reklameweise 600, an erster Stelle 800, Schlußzeile 1400 000 000. Adressen: Redaktion und Geschäftsstelle: Mittelstraße 1, Karlsruher Tagblatt, Nr. 18, Berlin, Nr. 2, und 297, Schriftleitung: Nr. 20, Danzigerstraße, Nr. 19, Postfach Nr. 8547, Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost
Wirtschafts- und Handelszeitung / „Zorn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“: Fritz Ehrhardt; für die „Scholle“: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag: C. F. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Richard Jäger, Berlin-Karlshof, Mosarstr. 87. Telefon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Erscheinungsdauer der Redaktion: 11-12 Uhr.

120. Jahrg. Donnerstag, den 6. Dezember 1923 Nr. 336

Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag in erster und zweiter Lesung. — Heute entscheidende Abstimmung.

Die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben: Die Reichstagsdebatte über das Ermächtigungsgesetz verlief ruhig und ohne Sensation. Sie wurde so weit geführt, daß die zweite Lesung erledigt wurde und das Gesetz in der zweiten Lesung eine Mehrheit finden konnte. Heute wird die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes mit der Abstimmung stattfinden, die in der Tat erst entscheidend sein wird. Bezeichnend für die Auffassung, die trotz des Kompromisses zwischen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fraktion herrscht, ist die Haltung der Reichstagsdebatte in seiner Sitzung. Sie ging auf die Frage der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes und der Vermeidung der Gefahr einer Auflösung des Reichstages durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Die Reichstagsdebatte verlief ruhig und ohne Sensation. Sie wurde so weit geführt, daß die zweite Lesung erledigt wurde und das Gesetz in der zweiten Lesung eine Mehrheit finden konnte. Heute wird die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes mit der Abstimmung stattfinden, die in der Tat erst entscheidend sein wird. Bezeichnend für die Auffassung, die trotz des Kompromisses zwischen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fraktion herrscht, ist die Haltung der Reichstagsdebatte in seiner Sitzung. Sie ging auf die Frage der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes und der Vermeidung der Gefahr einer Auflösung des Reichstages durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes.

Der Sitzungsbericht.

Berlin, 5. Dez. Am Regierungstisch Reichspräsident Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann. Präsident Ebelke eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Regierungserklärung, die verbunden wird mit der ersten und zweiten Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Eine Zustimmungserklärung der Sozialdemokratie. Als erster Redner gibt der Abg. Scheidemann folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion ist mit Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung gebildeten, befristeten Ermächtigungsgesetz anzustimmen mit der Maßgabe, daß einer Vertagung des Reichstages dieselbe Mitwirkung ausstehen wird wie dem Reichstag.“ Der Redner begründet dann die Stellungnahme seiner Fraktion und bedauert, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien. In der Aussprache des Reichstages über die vorliegenden Finanzfragen des Reichstages 48 erklärt die Fraktion eine schwere Belastung. Im Finanzproblem liegt die Frage des Zehnteils des deutschen Volkes, die die Beratungen trage die Regierung in der Verantwortung. Die sozialdemokratische Fraktion behält sich ihre Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung vor. Die Reichsregierung dürfe nicht zurücktreten vor einem Zu-

griff auf die Vermögenssubstantz. Die Lebensinteressen der besetzten Volksmassen dagegen müßten gesichert werden. Der Großbesitz habe sich weitgehender Schonung erfreut. Das müsse anders werden. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß das deutsche Volk baldmöglichst gefragt wird, wie es zur Reichspolitik geführt werden soll. Er verlangt die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Zusage des Rechts der Rhein- und Ruhrbevölkerung, frei und unbeeinträchtigt an den Reichstagswahlen teilzunehmen.

Ein Zentrumredner über das Rheinland.

Abg. Anas (Z.) erklärt, daß die Begründung der Regierungserklärung in weiten Kreisen des deutschen Volkes letzten Endes nicht verstanden worden sei, am wenigsten im besetzten Gebiet, wo man man wisse, wie man sich unter der Waage der gegenwärtigen Angriffe verhalten soll. Kein Gedanke sei fruchtbarer als der des Zusammenrückens aller, die sich zur entschlossenen Arbeit und zur politischen Vernunft bekennen. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse einer neuen Prüfung unterzogen werden. Mehr denn je seien gute Beziehungen zwischen Reich und Ländern nötig.

Die rheinische Separation.

und erklärt, daß es dazu nur kommen könne, weil man befürchtet, unter französischem Druck doch noch vor diese Notwendigkeit gestellt zu werden. Es entspinnt sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Redner und den Deutschnationalen, die dem Redner in einem Zornigen Begünstigung der Separationsbewegung vorwerfen. Der Redner zitiert einen Artikel der „D. N. Z.“, der eine Sanierung Rechtsdeutschlands durch die finanzielle Aufgabe Westdeutschlands zum Ziele habe. Die Rheinlandfrage sei eine internationale Frage.

Der Redner der Volkspartei gegen Neuwahlen.

Abg. Dr. Scholz (D. V.) hält es für durchaus begründet, wenn angesichts der letzten Krise in weiten Kreisen des Volkes die Meinung vor dem Parlament geklungen sei. In England sei die Grundlage des Parlamentarismus die Verantwortung der Opposition, bei uns muß man völlige Verantwortungslosigkeit als Opposition vorstellen. Die Forderung nach Neuwahlen sei zwar verständlich, aber man müsse bedenken, daß dies bei der außenpolitischen Lage katastrophale Folgen haben würde. Eine Regierung, hinter der kein Reichstag stehe, würde überhaupt nicht aktionsfähig sein. Nach dem Sturz der Regierung Stresemann hätte die Folge sein müssen, daß eine der Oppositionsparteien die Verantwortung übernahm. Sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten hätten aber verweigert. Die Deutsche Volkspartei wird dem neuen Kabinett, das die schwere Aufgabe übernommen habe, zu retten, was noch zu retten sei, ihre Unterstützung nach jeder Richtung hin andersprechen lassen.

Der Sprecher der Deutschnationalen gegen die Regierung und gegen das Ermächtigungsgesetz.

Abg. Bergt (D.N.) wendet sich gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Opposition. Er habe gegenüber dem Reichspräsidenten die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, eine Regierung zu bilden, erklärt und gefragt, ob der Reichspräsident bereit sei, den Artikel 48 der Verfassung im Sinne der neuen Regierung anzuwenden und die Auflösungsordres für den Reichstag in blanco für eine spätere Gelegenheit zur Verfügung zu stellen. Er habe hinzugefügt, daß die Deutschnationalen wohl die einzige Partei sei, die Wahlen zu fürchten hätte. (Lärm und Getöse.) Der Reichspräsident habe ablehnend geantwortet. Die Deutschnationalen haben in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten die Verantwortung dafür abgelehnt, daß nicht im parlamentarischen Sinne eine Lösung des Konflikts gesucht worden sei. Der Redner schließt mit einer Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, daß das Volk die Hoffnung auf eine günstige Lösung nur darin sehe, daß rechtgerichtete Kreise einen bestimmenden Einfluß auf die Regierung bekommen. Die Haltung in der Preußenfrage entspreche nicht dem Reichsinteresse. Wieder einmal habe der Fraktions-

sprecher die Angst vor den Wahlen geäußert. Der längst überlebte Reichstag müsse aufgehoben werden. Die Erklärung stellt zum Schluß fest, daß die Deutschnationalen der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen können. (Beifall rechts, allgemeine Bewegung.)

Abg. Haas-Karlsruhe fordert Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder.

Abg. Haas (Dem.) betont die Sachlichkeit und ruhige Ueberlegenheit des neuen Kanzlers, die zunächst für das Vertrauen der Demokraten mitbestimmend seien. Die fortgesetzten Krisen seien für die Existenz unseres Vaterlandes gefährlich. Vadei könne sich rühmen, seit November 1918 überhaupt keine Krise erlebt zu haben. Der Redner bezeichnet es als falsch, daß mit der sozialdemokratischen Fraktion Politik nicht gemacht werden könne. Die Sozialdemokraten haben einen sehr schweren Fehler begangen und bei ihrem Mißtrauensvotum nicht an die Folgen gedacht. Die Koalition in Preußen habe sich bewährt. Republik und Staaten seien besser geschützt, wenn die Deutschnationalen nicht in der Regierung sich befänden. Der Redner tritt für eine Verständigung zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse ein und fordert die Sozialdemokraten dringend auf, den Mittelpartien die Fortführung der bisherigen Politik nicht unmöglich zu machen. Die Haltung der Demokraten werde sich nach den Taten der Regierung richten. Sollten diese im Widerspruch mit den Forderungen der Demokraten stehen, so kündigt der Redner das schärfste Mißtrauen der Partei an. Starke Bedenken äußert der Redner gegen die Uebernahme des Innenministers Dr. Jarres mit Rücksicht auf seine Rheinlandpolitik. Nicht ein Abbau des Staatsapparates, der harte Beamtenabbau müsse aber veranlaßt gemacht werden. Erdrückend ist auch der Preisabbau. In Bayern müsse Ordnung geschaffen werden. Der Redner fordert die Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder. Der Ausnahmezustand dürfe nur vorübergehend sein. Der Redner spricht der Regierung das Vertrauen seiner Fraktion aus.

Der Redner der Bayerischen Volkspartei.

Abg. Reich (B.V.) weist darauf hin, daß sich im deutschen Volke eine bedeutende Schwelung nach Rechts vollziehe. Der Bayerischen Volkspartei sei es schwer geworden, den Abg. Emminger als Justizminister zu stellen. Der Redner stimmt dem Ermächtigungsgesetz an, spricht aber die Erwartung aus, daß die Regierung die in dem bayerischen Antrag niedergelegten föderalistischen Wünsche berücksichtigen werde und betont, daß der Eintritt Emmingers in die Regierung keine Bindung der Partei bedeute.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag.

Nach Ausführungen der Abg. Hillein (Komm.), Gräfe (BfL) und Ledebour geht ein Mißtrauensvotum der Kommunisten ein des Inhalts: „Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages, dessen sie nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf.“

Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit dem Ueberwachungsausschuß.

Damit schließt die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Eine Erörterung findet nicht mehr statt.

Ein Antrag der Arbeitergemeinschaft, wonach vor Erlassung der Verordnung ein Ausschuß des Reichstages von 15 Mitgliedern zu bilden wäre, wird gegen die Deutschnationalen, Deutschvölkischen und Kommunisten angenommen.

Mit diesem Antrag wird darauf das Ermächtigungsgesetz von derselben Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus verlagert sich darauf auf Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Schluß nach 8 Uhr.

Die Deutschnationalen.

Berlin, 5. Dez. (Drahtber.) Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, stellte die deutschnationale Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung fest, daß es nach wie vor das Ziel der Deutschnationalen sei, dem im Volke vorhandenen Wunsch nach Neuwahlen Rechnung zu tragen. Die Fraktion beschloß einstimmig, dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen.

Der Ueberwachungsausschuß.

Nur beratende Funktionen für die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes.

Berlin, 5. Dez. Gestern abend um 6 Uhr fand, wie schon berichtet, eine Besprechung sämtlicher Parteiführer mit Ausnahme der Kommunisten mit dem Reichskanzler statt, in der fast allgemein die Ansicht vorherrschend war, daß eine Reichstagsauflösung vermieden werden müsse. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Reichskanzler ein Antrag vorgelegt, daß dem Ermächtigungsgesetz eine Bestimmung anzufügen sei, wonach die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassenden Verordnungen von der vorherigen Zustimmung eines Reichstagsausschusses abhängig gemacht werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion sei dann bereit, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen.

Nach Beendigung der Besprechung trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um zu dem sozialdemokratischen Antrag Stellung zu nehmen. Das Kabinett erklärte sich mit der Einrichtung eines Ueberwachungsausschusses einverstanden, wenn dieser Ausschuß nur beratende Funktionen haben werde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß darauf in der sechsten Abendstunde mit 73 gegen 53 Stimmen, sich mit dem Kompromiß einverstanden zu erklären und für das so abgeänderte Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Es ist weiterhin fraktionslos in dem Sinne beschlossen worden, daß jedes Mitglied, das im Saale anwesend ist, für das Ermächtigungsgesetz stimmen muß. Es ist jedoch nicht jedes Mitglied verpflichtet, an der Abstimmung teilzunehmen.

Die Koalitionsparteien haben, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, mit der Regierung eine Vereinbarung getroffen, daß dem Ermächtigungsgesetz folgender Satz angefügt wird: „Vor Erlass der Verordnungen ist ein Ausschuß von fünfzehn Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören.“

Wahltag in England — Deutscher Schicksalstag.

Am 6. Dezember wählt sich das englische Volk eine neue Volksvertretung. Das im November aufgelöste Parlament hat kaum ein Jahr Bestand gehabt. Am 19. Oktober 1922 ist Lloyd George gestürzt worden, am 15. November fanden die Neuwahlen statt, die den Konservativen den Sieg brachten. Wir schreiben in einem Artikel am 20. Oktober 1922: „Deutschlands Schicksal ist eng mit den Wahlen in England verbunden. Siegen die Konservativen, so bedeutet dies ein Sieg Poincarés.“ Wir schlossen den Artikel mit den Worten: „Frankreich sät sich ungeduldet. Wir dürfen uns für die nächste Zeit auf böse Uebererraschungen gefaßt machen.“ Die Konservativen haben tatsächlich am 15. November 1922 einen Sieg errungen und mit ihnen auch Poincaré. Er hat seinen Sieg voll ausgenutzt und hat mit Duldung der englischen Regierungspartei uns böse Uebererraschungen gebracht. Aber so wenig das deutsche Volk im Spätherbst 1922 erkannt hat, wie eng sein Schicksal mit der Kaune des englischen Wäblers verbunden war, ebensowenig hat es heute einen Blick für die große Bedeutung des Wahltages in England. Das Parlament ist aufgelöst worden, weil die Regierung nur Miffolge aufzuweisen hatte: vollkommene Schwäche gegenüber der französischen Politik, Niedergang des Wirtschaftslebens im Lande. Sie sah keine andere Möglichkeit mehr, als das Volk zu befragen. Die Fragen, die in diesem Wahlkampf die Hauptrolle spielten, sind auch für uns von höchster Wichtigkeit: Reparation, Wiederaufbau Europas. Die Liberalen und die Arbeiterpartei traten den Konservativen, der Regierungspartei gegenüber mit dem Vorwurf, daß sie durch Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich das Unheil in Europa und die schlechte Geschäftslage in England verschuldet haben. Wird das englische Volk zur Erkenntnis kommen, woher Ueber alles Glend's ist, wird es seine Stimme Männern geben, die Poincaré ein Halt zurufen?

Pariser Streifenklänge.

Paris, 5. Dez. (Via Drahtber.) In hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß das gestrige Kommuniqué des Pariser Auswärtigen Amtes über die vorläufige Umformung und den späteren Abbau der militärischen Anstalten einen doppelten Zweck habe. Es solle einerseits nach den verbundenen

Ländern hinwirken und dort nicht nur die Teilnahme an den geplanten Sachverständigenbesprechungen über die deutsche Zahlungsfähigkeit und die deutsche Kapitalflucht erleichtern, sondern es soll auch gleichzeitig im Hinblick auf die englischen Wahlen darlegen, mit welcher französischen Politik gegenüber Deutschland das neue englische Kabinett zu rechnen hat. Andererseits ist das Kommuniqué vielleicht in erster Linie auf die Wirkung in Deutschland berechnet, wobei man sich in hiesigen maßgebenden Kreisen der Vorstellung hingeben möchte, daß die genannte Erklärung des Pariser Auswärtigen Amtes den politischen Bemühungen des neuen deutschen Kabinetts einen neuen Ausgangspunkt für die Einleitung von Besprechungen mit Frankreich geben könnte.

Die Wahrheit.

Der ehemalige Ministerpräsident Italiens, Nitti, erinnert die Engländer an Frankreichs Ziele.

London, 5. Dez. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Aufruf des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti, in dem es heißt:

Der gesamte europäische Kontinent sehe seine Lage täglich schlimmer werden. Nur eine gemeinsame Aktion Großbritanniens und der Vereinigten Staaten könne die Lage retten.

Das offizielle Frankreich folge Poincaré bei seiner Politik der Verstärkung und Besetzung der Ruhr mit Truppen und Schulden. Es wolle keine Reparationen, es glaube nicht daran, wie könne es daran glauben, nachdem es Ruinen aufgehäuft habe? Es wolle um jeden Preis Deutschland ruinieren und verarmen und Unordnung säen, um seine drei wesentlichen Ziele zu verwirklichen:

1. Deutschland in fünf oder sechs Staaten zu halten wie Danonolax zur Zeit des Waffenstillstandes es vorschlug und wie man in Paris es wünschte und weiter wünscht;
 2. das gesamte linke Rheingebiet mit seiner Bevölkerung von 12 Millionen Deutschen an Frankreich anzuschließen, wie es 1919 von Foch und Tardieu vorgeschlagen worden sei, als der Versailler Vertrag vorbereitet wurde;
 3. durch eine unbeschränkte sogenannte Besetzung des Ruhrgebietes die militärische Kontrolle der Kohlen- und Eisenproduktion — das ist die tatsächliche Beherrschung des europäischen Kontinents — zu erreichen.
- Nitti erklärt, das Programm werde nicht glücken. Poincaré habe die äußersten Anstrengungen gemacht und seine gesamte Stärke angewandt. Alle Gewaltanwendung gegen Deutschland werde vergeblich sein. Es könne nicht gehen, was es nicht habe und wozu es nicht imstande sei. Deutschland könne unbegrenzt gefordert werden, aber es könne nicht ausstehen. Die Deutschen würden die große Stellung wieder gewinnen, zu der sie ihr großes Gebiet und ihr wunderbarer Fleiß in der Weltwirtschaft berechtigt.

Die Kohlenlieferungen.

5. Paris, 5. Dez. (Eig. Drahtber.) Zu dem am 23. November zwischen der Ruhr und den Ruhrgruben, dessen Bedingungen nicht mehr gültig sein sollen, falls nicht binnen 10 Tagen 80 Proz. der Gruben alle in dem Abkommen enthaltenen Bedingungen angenommen haben und wonach Sonderverträge mit jeder einzelnen Grube von jedem Konzern zu unterzeichnen seien, teilen hiesige Blätter mit, daß gestern Kontrakte mit Firmen abgeschlossen worden seien, die eine Produktion von mehr als 6½ Millionen Tonnen Kohlen liefern, d. h. also 8 Proz. der Kohlenproduktion des Ruhrgebietes. Diese 8 Proz. sind den 78 Proz. hinzuzufügen, die von den Gruben geliefert werden, mit denen ein besonderes Abkommen bereits unterzeichnet wurde. Es handelt sich dabei um folgende Gruben: die

St. Nikolaus als Schutzpatron.

Von Richard Germershausen.

Sanct Nikolaus! Die Kinderherzen jubeln ihm zu. Denn bei aller Strenge, trotz Aute und Saß, ist der heilige Mann doch der liebevolle Spender der schönsten Gaben, der prächtigsten Lederhosen. Den Guten wird der wohlverdiente Lohn, und die Bösen schmecken zwar zunächst die Aute, doch auch sie haben ihren Platz im Herzen des Kinderfreundes, des Patronen aller Kleinen. Aber Sanct Nikolaus ist ein vielgeplagter Mann. Nicht nur die Kleinen nimmt er unter seine Fittiche. Sein harter Arm leidet auch viele, viele andere durch die Gefahren des Lebens. Er ist der Patron der Lernenden und studierenden Jugend, der Schutzherr der Seefahrer, der Hüter der Jungfrauen und — der Patron der Diebe. Daß die studierende Jugend in Gefahr und Bedrängnis von Sanct Nikolaus Beistand erhofft, hat seinen Ursprung wohl in einer der schönsten Legenden, die von dem heiligen Mann erzählt werden. Als er noch Bischof in Myra war, fandte ein Mann seine zwei Söhne zu ihm, daß er sie segnen sollte. Sie kamen zur Nacht an und lehrten bei einem Wirt ein. Dieser ermordete sie und bemächtigte sich ihrer Habe. Aber der Bischof erhielt durch eine Vision Kenntnis von der Untat, ging zu dem Wirt und hielt ihm das Verbrechen vor. Da fiel ihm dieser erschrocken und reuig zu Füßen. Nun wandte sich Nikolaus betend zu Gott, und mit Hilfe des Allmächtigen wurden die Ermordeten wieder lebendig. Aus diesem Patronat ist übrigens eine eigenartige Knabenstiftung hervorgegangen. In manchen Gegenden ist es nämlich Brauch, daß, wenn zwei Knaben im Kampf mit einander liegen und der eine bedrängt, daß der Gegner ihn unterkriegt, er dann laut „Nikolaus!“ ruft. Das ist das Signal zu einem kurzen Kampfsitzung.

Vor alten Dingen aber ist St. Nikolaus in den alten deutschen Hansestädten, in Holland, in allen Seehandel treibenden Ländern überhaupt, und besonders auch im Orient, der Schutzherr der Seelente und Schiffer, ihr auserwählter Schutzherr in allen Gefahren durch Sturm und Unwetter. In einem „Leben der Heiligen“

Stinneschen Zehen, Adler, Balbur, Heinrich über Ruhr, Admiral, Gotteslegen, Müdauf, Wegen, Graf Schwerin und Demelsherg. Diese Gruben haben 1½ Millionen Dollars nachträgliche Kohlensteuer auf die 15 Millionen Dollar zu zahlen, die das Abkommen vom 23. November vorsieht.

Rückkehr des Kohlenyndikates nach Essen?

Berlin, 5. Dez. Wie der „Völkischer Beobachter“ hört, findet zurzeit eine Verhandlung statt, die sich mit der Rückkehr des Kohlenyndikates nach Essen befaßt. Heute nachmittags begannen den Blättern zufolge entscheidende Verhandlungen zwischen einem Ausschuss des Reichskabinetts und den Rheinlandsvertretern über einen, die gesamten besetzten Gebiete betreffenden Fragenkomplex. Es werde die gesamte wirtschafts- und finanzpolitische Lage, das Abkommen über die Eisenbahnen und auch die Form der Verwaltung des Rheinlandes besprochen werden.

Eine französische Zollstation bei Frankfurt.

Frankfurt a. M., 4. Dez. Zwischen Eschborn und Rödelheim in der Nähe der Werkzeugfabrik von Günther und Kleinmond auf bestem Gebiet bauen die Franzosen seit etwa 14 Tagen ein kleines Haus, neben dem eine französische Zollgrenze errichtet werden soll. Die Franzosen haben dort seit einigen Tagen einen Posten, der wiederholt Passanten mit Fahrrädern angehalten und ihnen, wenn sie sich nicht genügend ausweisen konnten, die Fahrräder abgenommen hat. Man nimmt an, daß die Zollgrenze in den nächsten Tagen eröffnet werden wird. (S. 3.)

900 000 Billionen beschlagnahmt.

Berlin, 4. Dez. Am 20. November sind die Franzosen abermals in die Druckerei von Marks in Mühlheim eingedrungen und haben dort 900 000 Billionen Mark an Reichsbanknoten weggenommen.

Poincaré will seinen Wiederaufbau.

Paris, 4. Dez. Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Vereinigung der Wiederaufbaugesellschaften, an deren Spitze Senator Luberjac steht, hat gestern eine Sitzung abgehalten und folgendes festgestellt: Trotz wiederholter Versicherungen der französischen Regierung, das in den deutschen besetzten Gebieten beschlagnahmte Holz zur Verfügung zu stellen, ist bisher der Gesellschaften noch nicht ein Kubikmeter Holz zur Verfügung gestellt worden. Die Gesellschaften wurden in die Notwendigkeit vertrieben, in künstlicher Weise hochgetriebene Preise zu bezahlen. Die Gesellschaften fordern deshalb vom Minister für die besetzten Gebiete, daß die Interessen der Wiederaufbauer besser berücksichtigt werden. Sie beschwerten sich auch darüber, daß die verschiedenen Dienststellen für die Sachleistungen schlecht organisiert sind.

Bayerns Politik.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling.

München, 5. Dez. (Drahtber.) Im ständigen Ausschuss des Landtages kamen am Mittwoch die sozialdemokratischen Anträge betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes und betreffend Maßnahmen wegen des Stillerputzsches zur Verhandlung. Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm Ministerpräsident Dr. v. Knilling das Wort zu einer bedeutsamen Rede über den Stillerputzsch und über die politische Lage in Bayern.

Dr. v. Knilling führte aus: Wenn der Ministerrat am 26. September nicht den Ausnahmezustand verhängt und Dr. von Knilling als Generalkommissar eingesetzt hätte, dann wäre es am 28. September angeht die der für den 27. September geplanten na-

tionalsozialistischen Veranlassungen zu schlimmeren Ereignissen gekommen, als am 8. und 9. November. Die Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes sei auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise früher in Berlin bekannt geworden, als die Öffentlichkeit in München davon erfahren habe. Im Anschluß an die alsdann von Berlin ergangene Erklärung des militärischen Ausnahmezustandes für das ganze Reich habe der Reichskanzler erklärt, es sei anzunehmen, daß der Reichskommissar und der bayerische Generalkommissar reibungslos zusammenarbeiten könnten. Diese Hoffnung habe sich leider nicht erfüllt. Die Schuld liege in Berlin. Hätte man seinerzeit das Verbot des „Völkischen Beobachters“ durch den Reichswehrminister durchgeführt, so würden alle Versuche, die vaterländischen Verbände von der nationalsozialistischen Folschheit fernzuhalten, gescheitert sein. General von Lossow habe sich nach Verständigung mit dem Ministerpräsidenten und dem Generalkommissar in einem Gespräch und nicht wie behauptet wurde, in einem offenen Telegramm zur Ausführung des Befehles außer Landes erklärt. Es habe sich hier um eine politische und nicht um eine Verlautbarung gehandelt.

Der Ministerpräsident wiederholte die Einzelheiten des im Falle Lossow zwischen München und Berlin gepflogenen Meinungsaustausches und begründete Bayerns Haltung mit Artikel 48 der Reichsverfassung. Die Mischung in Bayern gegen das Reich rühre daher, daß die von der früheren föderativen Reichsverfassung nicht angetasteten bayerischen Rechte durch die Weimarer Verfassung genommen seien.

Die Vorgänge am 8. November im Bürgerbräukeller, die nicht nur ein hochverräterisches Unternehmen, sondern auch eine Riesendummheit darstellen, könnten nur bei Durchführung der Strafverfahren gegen die Führer des Putzsches rechtfertigt werden. Die Aburteilung der Schuldigen könne im Rahmen der Gesetzgebung zum Schutze der Republik auch durch bayerische Gerichte erfolgen. Eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof sei untragbar und nicht erörterungsfähig. Dr. v. Knilling erklärte dann, die bayerische Regierung werde alsbald an die neue Reichsregierung mit ihren Forderungen wegen eines verfassungsmäßigen Aufbaus des Reiches auf der basischen Grundlage des Bismarckschen Bundesstaates herantreten. Eine sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes könne nicht verantwortet werden. Weiter betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichsbaupolizei, der Einschränkung der Ausgaben und der Vermehrung der Einnahmen, sowie eines Ermächtigungsgesetzes mit weitgehenden außerordentlichen Vollmachten für die Regierung.

Zum Schluß forderte er zur Zusammenarbeit aller staatsrechtlichen Kräfte zur Rettung des Vaterlandes auf.

Die Haltung der bayerischen Sozialdemokratie.

München, 4. Dez. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteifunktionäre, die sich mit den politischen Fragen in Reich und Land und ihrer Auswirkung innerhalb der Partei beschäftigte, nahm mehrere Entschlüsse an, darunter eine, in der nachdrücklich betont wird, daß die Einheit der Partei unter allen Umständen gewahrt werden müsse. Das Festhalten einer organisierten Opposition mit einer eigenen Korrespondenz wurde abgelehnt. Die Unterstützung von Bestrebungen, die einer weiteren Zersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung Vorschub leisten, wurde abgelehnt. Die Münchener Parteifunktionäre verlangen, daß ihre Vertrauensmänner in den Parlamenten in erster Linie die Parteipolitik wahrnehmen. Ferner wurde hinsichtlich der bayerischen Vorgänge im November erklärt, daß die von der örtlichen Parteileitung während des Putzsches ausgegebene Parole die einzig richtige gemein-

schäftlich wurde in einer Entschlüsse noch ausgesprochen, daß in Bayern zur Rettung des sozialen Glanzes noch wenig geschah sei. Die Partei wird aufgefordert, gegen die schändlichen Arbeitstag Abwehrmaßnahmen vorzubereiten.

Aus Baden

Bruchsal, 5. Dez. Heute früh brach in Hauptwerkstätte der Möbelschreinerei Deißler Feuer aus, das die ganze Werkstätte zerstörte. Sämtliche Fertigarwaren, Vorräte und Maschinen fielen dem verheerenden Element zum Opfer. Die Brandursache ist unbekannt.

Mannheim, 5. Dez. Hier wurden sechs am 1. einer hiesigen Großbank vertrieben, weil sie seit längerer Zeit mit ausländischen Zahlungsmitteln bei hiesigen Banken amüßlichen Kurse beschafft und in Verbindung zum Freiverkehrskurs vertrieben. — Der rige Schüler Karl Hannwald wurde, er mit seinem Fahrrad die Straße kreuzte, einem Kraftwagen überfahren lebensgefährlich verletzt.

r. Mannheim, 5. Dez. Im 66 Lebensjahre als Altadmiral Viktor Darmstadt eine um die Förderung des Verkehrs der Mannheimer und des badischen Landes verbundene Persönlichkeit. Als Gründer des Verkehrsvereins Mannheimer widmete er sich als dessen ständiger lange Jahre mit reichem Erfolg der Entwicklung und Förderung des Mannheimer Verkehrs. Das von ihm ins Leben gerufene Reise- und Verkehrsbüro des Verkehrsvereins zählt zu den bedeutendsten des Landes und hat sich für Handel und Industrie als unentbehrliche Einrichtung erwiesen. In Eigenschaft als stellvertretender Präsident Badischen Verkehrsvereins, als Mitglied Badischen Eisenbahnrates und des Bundes Deutscher Verkehrsvereine verkörperte Altadmiral Darmstadt in Verkehrsfragen die einflussreichste sachkundige Mittelperson zwischen der badischen Industrie- und Handelsstadt und maßgebenden amtlichen Stellen und Verkehrsorganisationen des Landes und des Reiches.

Heidelberg, 5. Dez. Im Verlaufe des gegen Nachmittags wurde in eine Wohnung Badenburgerstraße eingebrochen und ein dungsstühle und Wertgegenstände, die einen kamtweit von 900 Goldmark darstellten, gestohlen. Die Täter, die durch die Wohnungsinhaberin in ihrer Arbeit gestört wurden und die Balkontüre klüffelten, konnten unerwartet entkommen, weil sie die Glasabstürze innen verstopfen hatten. — Das städtische Kinderspital hier aus Mitteln der amerikanischen Kinderheilung eine Speisung für kranke und stinkende Mütter eingerichtet. Abgabe von Lebensmittelpaketen.

Heidelberg, 5. Dez. Einem 15jährigen Mädchen wurde am Montagabend in der Straße von einem noch unbekanntem Mann 30 Pf. mit der Schere abgehauen.

Badenweiler, 5. Dez. Das 13jährige Mädchen des Schreiners B. Rabenbach fiel einen Kessel mit heißem Wasser und erlitt schwere Verbrennungen, daß es starb.

Badstuh, 5. Dez. Einige 15- bis 16jährige Burden von Remetschwil u. Bannholz spielten im Walde mit einem Revolver. Die Revolver entlud sich und der 13jährige Sohn des Mannes Hermann Baumgartner von Remetschwil wurde so schwer in den Kopf getroffen, daß er wenige Stunden darauf starb.

Singen a. S., 5. Dez. Seit der Bezug Milch aus der Schweiz wieder eingestellt, gibt es hier Milch im Ueberfluß. Die hiesiger Milch ist zwar etwas teurer, aber viele milchen verzichten lieber auf andere Gemüsetel, als auf dieses wertvolle Lebensmittel.

aus dem Mittelalter wird nämlich erzählt, daß Sanct Nikolaus ein Schiff, in dem er nach dem heiligen Land fuhr, aus rasendem Sturm errettete. Und eben dort sieht zu sehen, daß in vielen Fällen, wenn die Seelente in Stürmesnot zu Sanct Nikolaus um Hilfe fleht, das Meer wie durch ein Wunder sich plötzlich gelähmt hätte. So pflegten die Seelente der Insel Minorca in einer dem heiligen Nikolaus geweihten Kapelle, die am Eingang des Hafens stand, nach jedesmaliger Heimkehr Witter zum Dank dafür aufzuhängen, daß Sanct Nikolaus sie sicher in den heimatischen Hafen zurückgeführt hatte. Und auf manch einem stand verzeichnet, daß der Bischof in schwerem Sturm der Schiffsmannschaft beigegeben habe. Im Seehafen Bari an der Südküste Italiens steht St. Nikolaus als Schutzpatron der Schiffer noch besonders hoch in Ehren. Liegen dort doch auch seit mehr denn 800 Jahren seine Gebeine begraben, seit nämlich einige Pariser Seefahrer sie von Myra nach dort gebracht haben. Am 6. Dezember wird das Heiligenbild des Bischofs in feierlicher Prozession von den Seelenten ans Meer getragen. In der Hand tragen die Seelente Stäbe, die mit Olivenzweigen geschmückt sind, und erst, wenn die Dunkelheit herabbricht, kehrt man zurück, und mit Fadeln und unter Gesang — auch Feuerwerk wird nicht verpöhen — geleitet die Prozession das Bild vom Meeresstrand wieder zur Kirche.

Von den Wohlthaten des Heiligen Nikolaus ist in Deutschland und den angrenzenden Ländern am meisten verbreitet, daß der Bischof den drei Töchtern eines armen Edelmannes, um sie vor Eheande zu bewahren, das zu ihrer Verjüngung erforderliche Geld zu den Fußstufen hinaingeworfen habe. So kann es nicht Wunder nehmen, daß Sanct Nikolaus auch der Schützer der Jungfrauen ist und zur Vermittlung von ehelichen Verbindungen angerufen wird. Und besonders Eltern- und verarmte Mädchen wenden sich vertrauensvoll an ihn. In früheren Zeiten kam das am Nikolausabend noch viel mehr zur Geltung. So pflegten am Abend des Nikolausfestes die jungen Mädchen in den Klöstern, wo sie ihre Erziehung genossen, vor die Türe der Abstinenz einen Seidenstrumpf zu legen. Darin lag ein Schreiben an Sanct Nikolaus, in dem sie

seiner Günst und Gürtprache besonders empfahlen. Am nächsten Morgen fanden sie in ihren Strümpfen zwar keinen Mann oder auch nur eine Mißgüt, aber Süßigkeiten und allerlei Naschwerk. In einer englischen Predigt aus dem späten Mittelalter wird überdies von einer Granderochter erzählt, daß sie inbrünstig um einen Mann zum heiligen Nikolaus gebetet habe. Und im Traume sei ihr dann der gültige Bischof erschienen und habe ihr den künftigen Gatten im Bilde gezeigt.

Ganz wunderbarlich ist es, daß Sanct Nikolaus auch der Schutzpatron der Diebe geworden ist. Aber schon Shakespeare nennt im zweiten Akt des ersten Teiles von „Heinrich IV.“ die Diebe die Priesterlichkeit des heiligen Nikolaus. Und auch sonst findet man wohl Diebe als Ritter des heiligen Nikolaus bezeichnet. Wahrheitsgemäß ist dies eigenartige Patronat auf eine Mißdeutung einer Legende zurückzuführen, der zufolge Sanct Nikolaus eines Tages einige Diebe mit gestohlenen Gut getroffen haben soll. Als er ihnen dann ins Gewissen redete, da gingen sie hin und erlitten das Diebesgut wieder zurück und wandelten, wie es in der Legende heißt, fortan den Pfad der Tugend.

Pietro Mascagni.

Zu seinem 60. Geburtstag am 7. Dezember. Von Alfred Gocke.

Die Geschichte von Mascagnis musikalischen Schaffen ist die Geschichte seiner Misserfolge. Sie bringt uns die ganze Tragik des Schicksals eines Komponisten zum Bewußtsein, der seinen Ruhm überlebt hat. Immer wieder drängt sich uns entgegen dieser fortgeschrittenen Festschläge die Erkenntnis auf, daß sich Mascagni in der „Cavalleria rusticana“ so erfolgreich ausgeprochen hatte, daß ihm zu machen nichts mehr übrig blieb. Deshalb das frampfante, aus der Erfindungsnot geborene Remühen, mit den Effekten, die dort ihre Wirkung erprobt hatten, die musikalischen Notizen zu bekräften, was naturgemäß auf einen Versuch mit unzulänglichen Mitteln hinauslaufen mußte, weil die Mittel, die dort durch die

Handlung gegeben waren, rein äußerlich und genug geradezu sinnwidrig bei Texten zu mühen, die nicht mehr die Musik trugen, denn von ihr getragen werden sollten. Es ben nur noch das Bühnentechnische Geschick, dem Komponisten nicht abzusprechen ist, um Routine übrig, die sich angelehnt der wahren Erfindungsarmut immer mehr darauf genieseln sah, mit Klischees zu arbeiten.

Die junge Generation, der die „Cavalleria“ heute nur noch die weisse Blüte am abgehenden Alt der italienischen Opernkomponisten sein kann sich schwerlich einen Begriff machen, wach uferloser Begeisterung und mit wachsenden Schwierigkeiten diese „Cavalleria“ ihrem ersten Erscheinen auf der deutschen Bühne begrüßt wurde, auf der sie im Jahre kurz nach der Uraufführung im Constantintheater zu Rom ihren Einzug hielt. Mascagni 28 Jahre alt, als ihm sein Opern-Ginater valleria rusticana“, der bei einer von dem hiesigen Opernkomponisten Edoardo Sonzogno ausgegebenen Opernkonzert mit dem ersten Erfolg gekrönt worden war, einen Beltrug bei den hiesigen Bühnen völli unbekannt Mann machte, dem in dürftigen Verhältnissen lebenden, vieltehrer ein Vermögen in den Schatz war, hatte bereits seine Oper „Macliff“, die nach dem Erfolg der „Cavalleria“ einträgliches über die Bühne ging, und von der vorher niemand etwas wissen wollte, fertig im Bull liegen, als eines Tages der Mailänder „Secolo“ in dank fiel, der das Preisauschreiben Sonzogno für eine einaktige Oper veröffentlichte. Das fiel ihm ein, daß er früher einmal in Mailand von Verga die Erlaubnis erhalten hatte, den erfolgreichen Ginater „Cavalleria“ zu imitieren. Von der Hoffnung geleitet, durch ein Mißgeschick vielleicht aus seinem Glanz zu kommen, wandte er sich an Targioni mit Bitte, Vergas Theaterstück zu einem Opernwerk umzuwandeln. Targioni ließ sich trotz Arbeitsüberhäufung überreden und schickte Mascagni das Manuskript, auf einzelnen Postkarten geschrieben, ein, das dieser unerschrocken, da er Zeit zu verlieren war, komponierte.

Nach der Fertigstellung war Mascagni der Arbeit indessen so wenig zufrieden, daß

Die Senkung der Preise

Sat auch in Karlsruhe eine Reihe von Dingen, wie Fett, Schmalz, Fleisch usw., billiger werden...

Bei Weiterleitung einer Eingabe der Landeszentrale des badischen Einzelhandels in Karlsruhe hat der badische Minister des Innern...

Die Preisprüfungsstellen der Städte und Kreise würden bei ihren Arbeiten immer wieder auf den Vorwurf der Detailsitten und des Unbegriffes stoßen...

Der Minister des Innern weist am Schluß seines Schreibens darauf hin, daß es den Preisprüfungsstellen eines Landes selbst nicht möglich ist...

Lotte Lobenstreit.

Roman von Erich Ebenstein. (Nachdruck verboten) Magdalena Lobenstreit grübelte lange darüber...

Erbeerblass durch Stuttgarter Romanzentrale G. Adernann, Stuttgart.

an fördern, damit die Länder Gelegenheit haben, auch ihrerseits auf diesem Gebiete mit Erfolg tätig sein zu können.

Es wäre ja auch ein Unglück, jetzt, da überall die Preise zurückgehen, einer Gruppe die Macht zu lassen, um sich Gewinne zu verschaffen...

Die Benachteiligung Karlsruhes im Eisenbahnverkehr.

Die badische Landeshauptstadt hat durch den Krieg manches verloren, was für ihre Stellung und Wirtschaft von Bedeutung war.

voller Würdigung der Notlage des Reiches und der Notwendigkeit rascher Entschlüsse...

So z. B. fallen die durchgehenden Schnellzüge D 75/76 Karlsruhe-Hamburg-Altona südlich von Frankfurt aus.

Auch die Nachtverbindung Karlsruhe-Berlin, eine unbedingte Notwendigkeit, ist infolgedessen verschlechtert worden...

Die Schnellzüge D 4/50 fallen auf der Strecke Karlsruhe-Mühlacker aus. Eine wertvolle West-Eisenbahnung geht damit verloren.

Schule und Kirche

Schleimrat Dr. Siding tritt in den Ruhestand. Stadtschulrat Dr. Siding hat dem Mannheimer Stadtrat die Mitteilung...

Briefkasten

R. G. S. Nach Mitteilung aus der Schweiz ist noch kein Termin für den Einsatz festgesetzt.

Devisennotierungen:

Table with columns for location (e.g., Amsterdam, London, Paris), date (4. Dezember), and exchange rates.

Zufüllungen: Amsterdam-Rotterdam 3%, Buenos-Aires 10%, Brüssel-Anwerpen 3%, Christiania 10%, Kopenhagen 3%, Stockholm 10%, Helsinki 4%, Italien - 10%, London 10%, New-York 3%, Paris 3%, Schweiz 3%, Spanien 10%, Lissabon 10%, Japan 10%, Rio de Janeiro - 10%, Wien 3%, Prag 3%, Jugoslawien - 10%, Budapest - 10%, Sofia 3%.

Unverbindlicher Markkurs in Zürich und Amsterdam. 4. Dezember: Zürich 125 Cts. für 1 Bill. 130 Cts. für 1 Bill. Amsterdam 56 Cts. für 1 Bill. 54 Cts. für 1 Bill.

Pariser Bourse. 5. Paris, 5. Dez. Es wurden heute bezahlt für 1 engl. Pld. 81 Fr.

Nach Sachwert verzinsliche Schuldverschreibungen.

Table with columns for title (e.g., Anhalt. Roggenwert-Anleihe), date (30. Nov., 5. Dez.), and interest rates.

Unnotierte Werte:

Table with columns for title (e.g., Adler-Kali, Bad. Motorlokomotivwerke), date (Verkauf), and prices.

Wertbeständige Anlagen in Billionen Mark das Stück

Table with columns for title (e.g., Badische Kohlenwert-Anleihe), date (25. 11.), and values.

In sonstigen annotierten Werten sind wir stets coulant Käuf- und Verkäufer.

Baer & Elend, Bankgeschäft. Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 26. Telefon 223, 226, 459

Denn damals, als in Weisbach die schlimme Scharlachepidemie wüthete, waren ihre beiden ältesten Kinder, der zwölfjährige Paul und die neunjährige Grete in einer Woche der Seuche erlegen.

2. Kapitel. Friedel Lobenstreit fürzte aufgeregt in ihres Bruders Studierstube, wo Herbert wie gewöhnlich eifrig über seinen Büchern saß...

Herbert hatte sich langsam umgewandt und starrte die Schwester sprachlos an. „Das ist doch nicht möglich!“, sagte er endlich.

Jetzt macht sie's genau so mit den Kindern, die sie irgendwo auf der Landstraße aufgefressen hat. Bin nur neugierig, was die Eltern sagen werden, wenn sie aus Moosdorf heimkehren?

„Welche Freiheit von Lotte!“ Herbert sprang auf. Zwei rote Flecken brannten plötzlich auf seinem hochroten energischen Jünglingsgesicht...

Ohne Friedel weiter zu beachten, eilte er hinüber nach dem Wohnzimmer, auf dessen Schwelle er indessen in wortloser Verblüffung stehen blieb...

„Ah — gottlos, da hab ich was!“, rief Lotte nun, triumphierend ein volles Kinderlächeln haltend, „das ist für dich, Miese! Es muß auch noch ein Mädchen da sein...“

ner gewohnten Freiheit die Krone auf. „Angenehm aber — er stieß das kleine Mädchen mit deutlicher Ordnung, damit ich die Schürze absetzen kann! Nun — hast du mich verstanden?“

„Ja — ich bin doch nicht taub! Aber es fällt mir gar nicht ein, mir von dir was befehlen zu lassen! Es geht dich gar nichts an, was ich hier tue!“

„Das wollen wir sehen! Was sollen die irrenden Kinder hier? Wie kannst du wagen, sie liegen in unsere Stube zu bringen? So verwegene kleine Kinder!“

„Ach werd sie schon sauber waschen und kämmen und zurecht machen. Aber erst muß ich ordentliche Kleider haben für sie.“

(Fortsetzung folgt.)

